

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll</b> <b>Der 19. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 08.06.2017</b></p>
---

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Frau Schiemann  
in Vertretung für Herrn Crueger  
Herr Senkal  
Frau Sprehe  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Scharf  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Bücking

**Die Linke**

**FDP-Fraktion**

Herr Buchholz

**II Verwaltung**

Frau Prof. Dr. Reuther,  
Frau Rüpke  
Herr Viering  
Frau Kamp  
Herr Dr. Kountchev  
Frau Gerken  
Herr Dr. Kumpfer  
Herr Krämer  
Herr Dr. Marti  
Frau Senger  
Herr Eickhoff  
Frau Haubold,  
Herr Mader-Focks  
Herr Borgelt  
Frau Kulmann  
Frau Zimmermann  
Frau Pieper  
Herr Donaubaer

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr  
Bauamt Bremen Nord

**III Gäste**

Frau Köstner

**Ortsamt Horn-Lehe**

**IV Gastdeputierte**

Frau Dr. Schaefer

Herr Saffe

Herr Imhoff

Herr Schwarz

Herr Janßen

Fraktion B´90/Die Grünen

Fraktion B´90/Die Grünen

CDU-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion DIE LINKE

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 19. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
--------------	-------------------------------------	--

Es gibt zwei **Nachträge zur Tagesordnung**:

**TOP 16a)** Standards im Straßen- und Wegebau in Bremen

**TOP 16b)** Finanzierung des „Fahrradmodellquartiers Bremen (Alte Neustadt)“

**Zu TOP 6** „Bebauungsplan 2492“ liegt ergänzend das Protokoll der Einwohnerversammlung als **Tischvorlage** aus.

**Ausgesetzt werden:**

**TOP 9** Bebauungsplan 2313 und

**TOP 17h)** Auswirkungen der Schließung der Schlachthöfe in Bremen auf ein Projekt im Rahmen BioStadt Bremen

**Herr Buchholz** beantragt, den TOP 5 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan 126“ auszusetzen. Der Petitionsausschuss habe eine Petition, die den Bebauungsplan betreffe, aus formalen Gründen zurückgewiesen, wolle sich aber nun morgen mit dieser Petition beschäftigen. Daher hält er es für angebracht, diese Beratung vor einer Beschlussfassung über den Bebauungsplan abzuwarten.

**Herr Pohlmann** erklärt, dass seine Fraktion nach intensiver Beratung die Vorlage für beratungswürdig und auch beschlussfähig halte und daher den Top nicht aussetzen möchte.

**Frau Dr. Schaefer** bemängelt, dass der Petitionsausschuss die Deputation nicht rechtzeitig über das Vorliegen einer Petition informiert habe. Petitionen seien das letzte Instrument, wenn ein Beschluss gefällt worden sei. Ein Studentenwohnheim sei an dieser Stelle sinnig, trotzdem wolle man dem Petitionsausschuss auch genüge tun. Sie könne aber nicht abschätzen, welche Auswirkung zeitliche Verzögerungen auf das Projekt hätten.

**Herr Strohm** berichtet, dass nach seiner Information keine Petition vorliege. Es gehe hier um eine politische Entscheidung, deswegen könne die Vorlage heute beschlossen werden. Danach gebe es immer noch die Möglichkeit, dagegen eine Petition einzureichen.

**Herr Viering** erläutert, dass die öffentliche Auslegung zur Beschlussfassung anstehe. Es werde nicht die Satzung beschlossen, sondern das Verfahren komme in eine entscheidende Phase. Wenn ein Zusammenhang zwischen einer Petition und einem Bauleitplanverfahren erkannt werde, fließe diese Petition in die bevorstehende Abwägungsentscheidung mit ein.

**Insgesamt findet der Antrag von Herrn Buchholz keine Mehrheit.**

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 19/17 der Sitzung am 16.03.2017, Protokoll 19/18 der Sitzung am 27.04.2017 und Protokoll der gemeinsamen Sondersitzung mit der Deputation Kinder und Bildung am 06.04.2017)	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

Einstimmig

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b>  -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	<b>Bebauungsplan 2452 für ein Gebiet in Bremen - Neustadt / Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Fellendsweg, Habenhauser Deich und Friedhof Huckelriede</b>  - Absehen von erneuter öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  -FB01-	<b>Vorlage 19/262</b>
-------	--	-----------------------

**Frau Prof. Dr. Reuther** stellt das Ergebnis der Planungen vor.

**Herr Bücking** berichtet von einer Veranstaltung mit Bürger\*innen und den beteiligten Beiräten in Obervieland. Von diesen werde die Planung skeptisch gesehen. Er sei aber davon überzeugt, dass dies ein guter Plan sei. Bremen müsse sich engagieren, um neue Wohnungen zu schaffen, neue Häuser für Familien zu ermöglichen und geförderten Wohnraum zu schaffen, möglichst dort, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist.

**Frau Neumeyer** bittet darum, den Einwand aus Obervieland zu prüfen, ob sich dadurch, dass ein neues Baugebiet erstellt und bebaut werde, die Voraussetzungen für einen Weiterbetrieb der Buslinie 51 ergeben könnten.

Sie weist darauf hin, dass einerseits von einer guten Beirats- und Bürgerbeteiligung gesprochen werde, diese das selbst aber anders sehen. Sie regt daher an, für künftige Verfahren einen Leitfaden für Bürgerbeteiligung zu entwickeln.

Die Planung begrüßt sie, zumal hier viele Reihenhäuser für Familien entstehen sollen.

**Herr Pohlmann** weist darauf hin, dass es um ein Pilotprojekt der Wohnungsbauoffensive in Bremen gehe. Man habe dabei oft Probleme bei der Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort. Die Politik habe aber nicht nur örtliche, sondern auch die gesamtstädtischen Interessen zu berücksichtigen. Der Wohnungsbau für die Stadtgemeinde Bremen und auch für Bremerhaven

müsse weiterentwickelt werden. Im Bereich Wohnraum für Studierenden gebe es großen Nachholbedarf. Ebenso insgesamt im Bereich des bezahlbaren Wohnraum.

**Herr Senator Dr. Lohse** führt aus, dass einem solchen Verfahren politische Entscheidungen zugrunde liegen, die in legitimen Verfahren in der Deputation und im Parlament gefällt werden. Es sei wichtig, dass dies für die Bürgerinnen und Bürger auch erkennbar werde. Man dürfe gelingende Beteiligung aber nicht daran messen, dass am Ende jeder seinen Willen bekomme, sondern dass jeder die Möglichkeit habe, sich zu äußern und auch angehört werde und dass das Verfahren nach transparenten Mechanismen und nach demokratischen Regeln ablaufe. Er sagt zu, die ÖPNV-Erschließung zu prüfen.

**Frau Prof. Dr. Reuther** antwortet auf die Frage von **Herrn Strohmann**, dass 30% geförderter Wohnungsbau vereinbart seien. Hinzu kämen zwei weitere Angebote, einmal für ein klassisches Baugemeinschaftenprojekt und ein zweites Projekt als Mietergemeinschaft im Rahmen Planungen der Gewoba.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 2452 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt / Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Fellendsweg, Habenhauser Deich und Friedhof Huckelriede (Bearbeitungsstand: 04.05.2017) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungs-planes 2452 für ein Gebiet in Bremen - Neustadt / Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Fellendsweg, Habenhauser Deich und Friedhof Huckelriede (Bearbeitungsstand: 04.05.2017)

Einstimmig

<b>TOP 5</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 126 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von zwei Wohngebäuden für Studierende zwischen der Ottostraße und der Kantstraße in Bremen-Neustadt</b> - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung -FB01-	<b>Vorlage 19/263</b>
--------------	--	---------------------------

**Herr Viering** erläutert die Vorlage.

**Herr Bücking** erzählt, dass er sich vor Ort ein Bild gemacht habe. Sicher erscheine die Planung im Vergleich zu einigen Häusern in der Nachbarschaft zunächst relativ hoch. Aber es sei bereits erkennbar, dass diese kleinen Häuschen dort nicht mehr dauerhaft der Maßstab sein werden. Die geplante Bebauung werde außerdem eine Verbesserung gegenüber dem Ist-Zustand auf dem Grundstück sein. Das müsse man den Anwohner\*innen zumuten können. Veränderung sei in der Stadt unvermeidlich.

**Herr Buchholz** erklärt, dass seine Fraktion den vorgelegten Bebauungsplan für überdimensioniert und in der Höhe und in der Auswirkung zu groß für die vorhandene, kleinteilige Bebauung halte und den Bebauungsplan daher ablehnen werde.

**Herr Imhoff** möchte wissen, ob eine mindestens 80% ige Begrünung der Dachflächen mit Solaranlagen vereinbar sei.

**Herr Pohlmann** sagt, dass seine Fraktion diesem Plan zustimmen werde. Es gebe eine gesamtstädtische Interessenlage, man habe eine Verantwortung gegenüber den Studierenden, die darauf warteten, eine Unterkunft zu bekommen.

**Herr Viering** bestätigt, dass bei extensiver Begrünung sowohl Dachbegrünung als auch Solaranlagen zusammen möglich seien.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 126 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von zwei Wohngebäuden für Studierende in der Ottostraße in Bremen-Neustadt nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 126 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von zwei Wohngebäuden für Studierende in der Ottostraße in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand 05.05.2017) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 126 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von zwei Wohngebäuden für Studierende in der Ottostraße in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand 05.05.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung  
bei Ablehnung der Fraktion der FDP

TOP 6	<b>Bebauungsplan 2492</b> <b>für ein Gebiet in Bremen-Horn - Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und Emmy-Noether-Straße zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2199</b>  - Planaufstellung - Öffentliche Auslegung -FB01-	Vorlage 19/264
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2492 für ein Gebiet in Bremen - Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und Emmy-Noether-Straße zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2199 gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungs-beschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2492 für ein Gebiet in Bremen - Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und Emmy-Noether-Straße zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2199 (Bearbeitungsstand: 04.05.2017) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2492 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und Emmy-Noether-Straße zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2199 (Bearbeitungsstand: 04.05.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

<b>TOP 7</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 86 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Studierendenwohnheims (Appartements) an der Mary-Astell-Straße in Bremen-Horn-Lehe</b> - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB01-	<b>Vorlage 19/265</b>
--------------	---	---------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 86 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Studierendenwohnheims (Appartements) an der Mary-Astell-Straße in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand: 04.05.2017).

Einstimmig

<b>TOP 8</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 124 (zugleich zum Teil Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von vier Wohnheimen für Studierende und Geflüchtete an der Anne-Conway-Straße in Bremen- Horn-Lehe</b>  - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  -FB01-	<b>Vorlage 19/266</b>
--------------	---	---------------------------

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass mit den heute vorliegenden Bebauungsplänen insgesamt eine sehr große Anzahl an Wohneinheiten für Studierende geschaffen werden könne. Dies sie ein gutes Zeichen für eine junge Stadt, die Studierende gewinnen möchte.

**Herr Pohlmann** ergänzt, dass es fast tausend Plätze sein werden. Es sei fraktionsübergreifend nach langen Debatten gelungen, den misslichen Zustand für Studierende zu verbessern. In Anbetracht der Entwicklung der Uni und der Hochschule stehe man in der Verantwortung für die Studierenden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 124 (zugleich zum Teil Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von vier Wohnheimen für Studierende und Geflüchtete an der Anne-Conway-Straße in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand: 08.12.2016) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 124 (zugleich zum Teil Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von vier Wohnheimen für Studierende und Geflüchtete an der Anne-Conway-Straße in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand: 08.12.2016)

*Einstimmig*

<b>TOP 9</b>	<b>Bebauungsplan 2313 für ein Gebiet in Bremen Oberneuland beiderseits und nördlich des Rotbuchenweges zwischen Oberneulander Landstraße (zum Teil einschließlich) und Oberstes Fleet (zum Teil beiderseits)</b>  - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  -FB01-	<b>Vorlage 19/267</b>
--------------	---	---------------------------

ausgesetzt

<b>TOP 10</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 122 (Atlantic Grand Hotel) für die Erweiterung eines Hotels an der Martinstraße zwischen der Bredenstraße und der Böttcherstraße in Bremen-Mitte (Bearbeitungsstand: 30.03.2017)</b>  - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation  -FB 01-	<b>Vorlage 19/241</b>
---------------	---	---------------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 122 für die Erweiterung eines Hotels an der Martinstraße zwischen der Bredenstraße und der Böttcherstraße in Bremen-Mitte (Bearbeitungsstand: 30.03.2017) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 122 für die Erweiterung eines Hotels an der Martinstraße zwischen der Bredenstraße und der Böttcherstraße in Bremen-Mitte (Bearbeitungsstand: 30.03.2017).

*Einstimmig*

<b>TOP 11</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 130 für die Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses in Bremen Altstadt zwischen Obernstraße und Langenstraße</b> - Planaufstellung - Öffentliche Auslegung -FB 01-	<b>Vorlage 19/269</b>
---------------	---	---------------------------

**Herr Bücking** weist auf die historische Bedeutung der Planung hin. Bedeutsam sei hier auch die Verknüpfung der Obernstraße mit der Langenstraße. Wenn sich solche Verknüpfungen weiter entwickeln, könne sich das Thema Stadt am Fluss mit der Gastronomie und dem Flanieren mit dem Thema Einkaufen in den zentralen Lagen verknüpfen und die Zwischenräume zu guten Adressen machen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 130 nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 130 für die Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses in Bremen Altstadt zwischen der Obernstraße und Langenstraße

(Bearbeitungsstand: 28.04.2017) einschließlich Begründung zu.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 130 für die Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses in Bremen Altstadt zwischen der Obernstraße und Langenstraße (Bearbeitungsstand: 28.04.2017) einschließlich Begründung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 12	<b>Bebauungsplan 2491 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland südlich Rockwinkeler Heerstraße und der Eisenbahnstrecke Bremen – Buchholz zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2369</b> - Bericht der Deputation -FB 01-	Vorlage 19/278
--------	---	-------------------

**Frau Neumeyer** erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Gleichwohl verweist sie auf den Beirat Oberneuland, dessen Meinung nach nicht genug Schulen und Kitaplätze vorhanden seien, um die evtl. neu hinzuziehenden Kinder aufnehmen zu können. Daher möchte sie wissen, ob die zugesagte erneute Abstimmung der Ressorts für Umwelt, Bau und Verkehr und für Kinder und Bildung stattgefunden habe und mit welchem Ergebnis.

**Herr Viering** berichtet, dass es regelmäßig Gespräche mit dem Ressort für Kinder und Bildung gebe. Hier gehe es aber um ein relativ kleines Baugebiet, mit einer geringen Zahl an Wohneinheiten, so dass ein Zusammenhang mit einer Kitaversorgung nicht hergestellt werden konnte. An anderer Stelle in Oberneuland sei dies aber gelungen.

**Herr Pohlmann** stellt fest, dass die Frage der sozialen Infrastruktur wie Schulen und Kitas mit neuen Baugebieten einhergehen müsse. Dies müsse auch bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2491 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland südlich Rockwinkeler Heerstraße (zum Teil einschließlich) und der Eisenbahnstrecke Bremen – Buchholz zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2369 (Bearbeitungsstand 23.12.2016)

Einstimmig

TOP 13	<b>Bebauungsplan 2466 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland im Kreuzungsbereich Apfelallee, Oberneulander Heerstraße und Rockwinkeler Heerstraße</b> - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB 01-	Vorlage 19/271
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2466 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland im Kreuzungsbereich Apfelallee, Oberneulander Heerstraße und Rockwinkeler Heerstraße (Bearbeitungsstand: 14.11.2016) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2466 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland im Kreuzungsbereich Apfelallee, Oberneulander Heerstraße und Rockwinkeler Heerstraße (Bearbeitungsstand: 14.11.2016).

Einstimmig

TOP 14	<p><b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 103 (mit Vorhaben.-plan 103) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Bremerhavener Heerstraße 42-46“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum westlich der Bremerhavener Heerstraße</b></p> <p>-Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung -Bericht der Deputation -BBN-</p>	Vorlage 19/270
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 103 (mit Vorhabenplan 103) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Bremerhavener Heerstraße 42-46“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum westlich der Bremerhavener Heerstraße abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 103 (mit Vorhabenplan 103) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Bremerhavener Heerstraße 42-46“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum westlich der Bremerhavener Heerstraße (Bearbeitungsstand: 02.05.2017) einschließlich Begründung und Anlage.

Einstimmig

TOP 15	<p><b>Feststellung des Jahresabschlusses 2016 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall)</b></p> <p>-252-</p>	Vorlage 19/249
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Jahresabschluss 2016, den Lagebericht, die Erfolgsübersicht und den Bericht der Wirtschaftsprüfer zur Kenntnis. Der Jahresabschluss des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung der Stadtgemeinde Bremen (SVAbfall) gilt hiermit als festgestellt.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) erteilt dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Entlastung.

Einstimmig

<b>TOP 16</b>	<b>Sanierungsgebiet Hemelingen Ausbau der Auguste-Bosse-Straße -72-</b>	<b>Vorlage 19/260</b>
---------------	---	---------------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt stimmt der vorliegenden Entwurfsplanung für den Ausbau der Auguste-Bosse-Straße gemäß Bebauungsplan 2307 zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der dargestellten Finanzierung zu.

Einstimmig

<b>NACHTRAG TOP 16a)</b>	<b>Standards im Straßen- und Wegebau in Bremen -5-</b>	<b>Vorlage 19/225</b>
------------------------------	--	---------------------------

Herr Imhoff bittet um eine Erläuterung der Vorlage.

Herr Buchholz fragt, ob damit der Abschied vom Natursteinpflaster unumkehrbar sein werde.

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass das Ressort die Belange aller Verkehrsteilnehmer\*innen berücksichtigen müsse. Weitere Kriterien seien Kostentransparenz der verschiedenen Straßenbeläge und Straßenausbauformen, aber auch Barrierefreiheit und die Leichtigkeit des Fahrradverkehrs. Hinzu kommen Themen wie Lärmschutz bis hin zu Verkehrssicherheit. Auf der anderen Seite stehen Aspekte der Stadtgestaltung und der Erhaltung eines historischen Stadtbildes. All diese Dinge müssen miteinander abgewogen werden. In besonderen Bereichen könne Natursteinpflaster verlegt werden, wobei dann besonders auf die Barrierefreiheit geachtet werden müsse. Eine weitere Möglichkeit, die möglicherweise die Kriterien besser erfülle, sei Betonsteinpflaster. Im Einzelfall würde dies mit den Anwohner\*innen diskutiert werden, um dann jeweils geeignete Lösungen zu finden.

Frau Pieper berichtet, dass verschiedene Möglichkeiten der Kostenreduzierung geprüft wurden. Eine Veränderung im Straßenaufbau sei nicht wirtschaftlich, da ein geringerer Straßenaufbau das Lebensalter der Straße reduzieren würde. Gleichzeitig ergäben sich Probleme mit der Gewährleistungsfrist von Baufirmen. Weiter müssten bestimmte Richtlinien eingehalten werden. Ein kleinerer Querschnitt sei günstiger, dies sei abzuwägen gegenüber anderen Gesichtspunkten des Städtebaus. Natürlich sei man bezogen auf die jeweilige Situation, immer bemüht, die

Verkehrsanlagen möglichst schmal zu bauen, auch um Kosten zu sparen, aber unter Berücksichtigung von Aspekten wie Nachhaltigkeit, Versickerungsflächen und dergleichen. Dafür könnten keine Standards entwickelt werden, sondern jeweils im Einzelfall die sinnvollste Lösung gefunden werden.

**Herr Saxe** betont, dass diese Vorlage die Interessen von bewegungseingeschränkten Menschen in die Überlegung einbeziehe. Es sei auch kein Abschied von Natursteinpflaster insgesamt, sondern die Abwägung erfolge nach den genannten Kriterien. Das Stadtbild sei wichtig, aber ebenso Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und Befahrbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer\*innen.

**Herr Strohmann** fragt, ob sich bei einer Standardreduzierung auch die Erschließungsgebühren bei einer Ersterschließung reduzieren werden und ob eine Absenkung der Standards auch einen flexibleren Umgang mit der Ausstattung der Straße z. B. mit Parkbuchten oder gemeinsamem Fuß- und Fahrradweg beinhalte.

**Herr Imhoff** spricht die künftige Querschnittsgestaltung in Gewerbegebieten an. Es solle die Standardabsenkung beschlossen werden, gleichzeitig werde die Querschnittsgestaltung im Einzelfall, ggf. im Gespräch mit dem Ressort für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, geprüft. Das komme einem Freifahrtschein gleich.

**Frau Pieper** antwortet, wenn sich bei einer Neuerschließung von Anliegerstraßen die Herstellungskosten reduzieren, werden auch die Erschließungsgebühren geringer. Die Frage der Ausstattung von Straßen sei abhängig von der Planung und den Erfordernissen vor Ort. Allerdings plane man in der Regel Anliegerstraßen nicht ohne Parkmöglichkeiten.

Für die Planung von Straßen in den Gewerbegebieten sei das Wirtschaftsressort zuständig, ebenso in der Überseestadt. Daher seien Absprachen erforderlich unter Berücksichtigung der künftigen Nutzungsintensität z.B. einer Gewerbegebietsstraße.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die oben genannten Vorgaben zur Kenntnis.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt den oben genannten Standardabsenkungen für alle Straßen in der Baulast der Freien Hansestadt Bremen zu.*

*Einstimmig*

<b>NACHTRAG TOP 16b)</b>	<b>Finanzierung des „Fahrradmodellquartiers Bremen (Alte Neustadt)“ -22-10, 5-</b>	<b>Vorlage 19/285</b>
------------------------------	--	---------------------------

**Herr Saxe** wirft grundsätzlich die Frage auf, wie die erforderlichen Komplementärmittel für künftige Wettbewerbe oder Programme im Haushalt dargestellt werden könnten. Gleiches gelte für die von der Stadt zu tragenden Planungsmittel. Es sei wünschenswert, dass Bremen sich verstärkt um Bundesmittel bemühe. Hier müsse sich der Haushaltsgesetzgeber Gedanken darüber machen, wie eine Finanzierung in Zukunft dargestellt werden könne.

**Herr Buchholz** erklärt, dass sich seine Fraktion seinerzeit gegen das Fahrradmodellquartier ausgesprochen habe, nicht weil sie gegen Fahrräder sei, sondern weil die Fraktion der Ansicht sei, dass zu wenig für Radwege insgesamt getan werde. Daher werde er sich zu der Vorlage enthalten, zumal er den Haushaltsberatungen nicht vorgreifen wolle.

**Herr Imhoff** führt aus, dass seine Fraktion den Antrag in der Bürgerschaft, dieses Projekt voran zu bringen, mit beschlossen habe. Er habe dabei nicht erwartet, dass die Kosten für Bremen so hoch sein werden. Vom Grundsatz her sei das Projekt zwar gut, in Anbetracht der anderen Baustellen in dieser Stadt, wie die Standardabsenkung im Straßenbau, die in den nächsten

Jahren anstehenden Brückensanierungen und –neubauten, hätten diese als Pflichtaufgaben Vorrang. Insofern werde sich seine Fraktion enthalten.

**Herr Senator Dr. Lohse** weist darauf hin, dass die Herstellung von Verkehrsinfrastruktur für Radfahrende ungleich kostengünstiger sei, als die Herstellung von Verkehrsinfrastruktur für Autos oder auch für Straßenbahnen. Im Bereich der Straßenunterhaltung und Brücken habe Bremen große Aufgaben vor sich. Aber es diene auch dem Erhalt dieser Bauwerke, wenn attraktivere Bedingungen für den Radverkehr geschaffen werden. Die im Verhältnis geringen Mittel für das Fahrradmodellquartier würden an den anderen Stellen wenig ausreichen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.*

*Zustimmung bei Enthaltung der CDU und der FDP*

<b>TOP 17</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 17a)</b>	<b>Bericht zum aktuellen Sachstand der Verhandlungen mit der VONOVIA zu den Schlichtwohnungen</b> - 6-	<b>BdV</b> <b>Schriftlich</b>

**Frau Prof. Dr. Reuther** berichtet über den aktuellen Stand der Gespräche.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 17b)</b>	<b>Aktueller Sachstand zur Entwicklung der Gebäude am Wall 157-161, ehem. Harms am Wall</b> -6 -	<b>BdV</b> <b>schriftlich</b>
-----------------	---	----------------------------------

**Herr Buchholz** möchte wissen, ob die Passage bereits vor der Baufertigstellung des Gebäudes geöffnet werden könnte.

**Herr Viering** antwortet, dass dies bisher noch nicht vorgesehen sei. Man werde diese Frage im weiteren Verfahren im Blick behalten. Allerdings war eine vorgezogene Öffnung bereits bezogen auf den Bestand konkret untersucht und damals verneint worden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 17c)</b>	<b>Diskomeile</b> <b>- Sachstand Umgestaltung Innenhof und Lichtkonzept, Absperrungen</b> <b>- 6, ASV</b>	<b>BdV</b> <b>Schriftlich</b>
-----------------	---	----------------------------------

**Herr Senkal** begrüßt, dass vorrangig mit der Absperrung begonnen werden kann. Dies sei sehr wichtig für die Entzerrung der Besucherströme und damit auch ein wichtiger Sicherheitsaspekt. Er fragt nach der Art der geplanten Absperrungen und zum Verfahren der Vergabe der Transponder an Taxen. Es sei abzuwarten, wie die Durchfahrt der Taxen und das Aufnehmen

der Fahrgäste im Echtbetrieb funktionieren werde, da gerade dadurch bisher Behinderungen aufgetreten waren. Daher war ursprünglich eine andere Lösung angedacht gewesen.

**Herr Saxe** fragt, wie sich die aufgeführten Wartungs- und Instandsetzungskosten für die Schranken zusammensetzen.

**Frau Pieper** erläutert, dass die Transponder von den Taxiunternehmen gekauft werden müssen. Dies sei üblich und werde auch an anderen Stellen praktiziert. Es habe sich als schwierig herausgestellt, die Haltepositionen der Taxen wie ursprünglich geplant einzurichten. Daher werde nun diese Lösung erprobt.

Die provisorischen Absperrungen seien bewegliche Systeme, die entsprechend einen höheren, schwer schätzbaren Wartungsaufwand als feste Einrichtungen haben. Es müsse sich herausstellen, ob die Mittel in voller Höhe benötigt werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 17d)</b>	<b>Sachstand Osterfeuerberger Ring</b> -	<b>BdV</b> <b>schriftlich</b>
-----------------	---	----------------------------------

**Herr Pohlmann** freut sich, dass die Realisierung des beschlossenen Projektes der Stadtbürgerschaft weiter voran gehe.

**Herr Saxe** betont, dass es sich um ein sehr wichtiges verkehrspolitisches und stadtentwicklungspolitisches Projekt handle.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 17e)</b>	<b>Boden- und Grundwasserkontaminationen auf dem Gelände des Tanklagers in Bremen-Farge</b> -24-	<b>BdV</b> <b>schriftlich</b>
-----------------	---	----------------------------------

**Frau Sprehe** berichtet von einer Veranstaltung mit dem Referatsleiter der BIMA, Herrn Dr. Brede. Dieser habe neben der hydraulischen Sanierung auch eine Kernschadenbehandlung ins Spiel gebracht hat, die eine deutlich schnellere Sanierung bringen würde.

**Herr Schwarz** stellt fest, dass der Bericht zeige, dass sich die Schadstofffahne in einem gewissen Bereich ausbreite. Herrn Dr. Brede hatte zwei gute Lösungsmöglichkeiten dargestellt. Einmal die normale hydraulische Sanierung mit Phasenhebung, die einschließlich der Ruhestandsphase bis zu 70 Jahre dauern könne und 10,4 Mio. € koste. Eine Kernschadenssanierung dauere nur fünf Jahre und koste ca. 8,6 Mio. €. Dies halte er für die Bevölkerung, für die Umwelt und vor dem Risiko eines Nachlaufens des Schadens für die bessere Methode. Deswegen bittet er darum, diese Möglichkeit zu prüfen.

**Herr Leferink** führt aus, dass die Fahne eine Ausbreitungsgeschichte von 40 Jahren habe. Eine Maßnahme an der Quelle habe dort einen Effekt in einigen Jahrzehnten. Die gegenwärtig eingesetzte Technik sei zwar sicher und Sorge dafür, dass die aufschwimmende Phase im Kernbereich sich nicht in Bewegung setze, aber sie sei langwierig. Die Verwaltung führe seit langem mit den beteiligten Bundesbehörden Gespräche darüber, mit welchen Möglichkeiten die Sanierung beschleunigt werden könne. Eine solche Perspektive sei beispielsweise das von Herrn Brede vorgestellte Verfahren: ein abseitiger Angriff der Kontamination, die im Schadensbereich im Verladebahnhof II aufschwimme. Dies setze voraus, dass der Verladebahnhof rückgebaut werde. Allerdings müsse sorgfältig untersucht werden, ob dies machbar sei, ohne die Gefahr heraufzubeschwören, dass der ganze Phasenkörper, der mehre

Tonnen reinen Schadstoff umfasse, sich in Bewegung setze und stromabwärts die Kontaminationsquelle weiter in bewohnte Gebiete ableite. In diesem Zusammenhang werde zurzeit eine intensive Untersuchung der Bodenkontamination im Bereich Verladebahnhof II durchgeführt. Auf Grundlage dieser Ergebnisse könnten die Chancen eingeschätzt und weitere Fragen geklärt werden, um eine solche Perspektiven zu entwickeln.

**Frau Dr. Schaefer** betont, dass es für die Anwohner wichtig sei zu wissen, dass alles unternommen werde, damit die Sanierung schnellstmöglich abgeschlossen werde. Trotzdem werde es Jahre dauern. Sie warnt davor, so zu tun, als ob es eine einfache Lösung dafür gebe, die auch noch billiger und schneller sei. Es bestehe eine riesige Kontamination mit Fahnen. Die Erfahrung zeige, dass Grundwasserkontaminationen sehr langwierige Sanierungsverfahren erforderten. Es dürfe nicht nur schnell und billig gehen, sondern vor allem müsse am Ende das Grundwasser auch sauber sein.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 17f)	<b>Grundwasserkontamination durch LHKW im Bereich Hemelingen</b> -24-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Buchholz** bittet darum, wenn die Schadensquelle feststehe, darüber informiert zu werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 17g)	<b>Einsatz von Müllpressen bei den Nutzerinnen und Nutzer der kommunalen Gefäße</b> -25-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 17h)	<b>Auswirkungen der Schließung der Schlachthöfe in Bremen auf ein Projekt im Rahmen BioStadt Bremen</b> -3-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

vertagt

TOP 17i)	<b>Bericht über die Urinale am Hauptbahnhof und in der Helenenstraße</b> -33-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 17j)	Wohngeld -74-	BdV schriftlich
----------	------------------	--------------------

**Herr Strohmann** bittet darum, die Situation ernst zu nehmen und dafür zu sorgen, dass die ausstehenden Anträge schnellstmöglich abgearbeitet werden, so wie es im Bericht dargestellt werde.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 18	Verschiedenes	
TOP 18a)	Verkehrssituation Am Stern	

**Herr Saxe** bittet um einen mündlichen Bericht bezüglich der Verkehrssituation Am Stern. Er beobachte dort seitens der Fahrrad- und Autofahrenden Verstöße gegen die angeordnete Verkehrsführung, z. B. gegen die Einbahnstraßenregelungen, die zu Gefährdung insbesondere der zu Fuß gehenden führen. Dies betreffe vor allem die Franz-List-Straße und die Hermann-Böse-Straße.

**Frau Pieper** berichtet, dass es zu Beginn der Baumaßnahme Irritationen bei den Verkehrsteilnehmer\*innen gegeben habe. Zwischenzeitlich habe sich die Situation beruhigt. Die vorhandene Baustelleneinrichtung werde regelmäßig überprüft. Sie sagt zu, die Umleitungsverkehre hinsichtlich möglicher Verbesserungen zu prüfen. Bezüglich des Fehlverhaltens von Verkehrsteilnehmern werde die Polizei informiert und gebeten, verstärkte Kontrollen durchzuführen.

**Herr Pohlmann** regt an, das Thema durch die Deputierten auch in der Innendeputation anzusprechen.

**Herr Pohlmann** schließt die 19. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll